

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/84

Bad Godesberg, den 5. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Mehr als Briefkastenonkels	65

Parlamentarische Staatssekretäre als Gesprächspartner
für den anderen Teil Deutschlands?

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

2	Auf schmalem Grad	48
---	-------------------	----

Zur Regierungsbildung in Schleswig-Holstein

3 - 4	Auf das Ganze abgestellt	90
-------	--------------------------	----

Von Werner Jacobi, MdB

5 - 6	Schweden und die EWG	69
-------	----------------------	----

Vor schwierigen Entscheidungen

Von Karl Kern, MdB

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !

532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus

Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NWVD 0285603

Mehr als Briefkastenonkels

Parlamentarische Staatssekretäre als Gesprächspartner
für den anderen Teil Deutschlands ?

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Das vergangene Wochenende brachte eine kleine politische Sensation, die nur von einem Teil der Presse in ihrer ganzen Tragweite erfaßt wurde: Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Holger Börner, machte in einem Interview das Angebot, Verhandlungen mit einem ranggleichen Partner aus Ostberlin über eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse zwischen der Bundesrepublik und Mitteldeutschland zu führen.

Holger Börner griff gleich ein konkretes Beispiel auf, mit dem man sich im hessischen Zonengrenzgebiet schon lange beschäftigt hat, er schlug vor, Gespräche über den Ausbau der Autobahnstrecke Hersfeld - Eisenach zu führen. Seit mehr als vier Jahren haben die betroffenen Landkreise und die Hessische Landesregierung immer wieder den damaligen Bundesverkehrsminister gebeten, über die Interzonenhandelsstelle oder sonstige Gesprächsmöglichkeiten die Öffnung und den Ausbau dieser Strecke zu betreiben. Sie muß unter dem Druck der Verhältnisse zwischen Hönebach und Obersuhl auf der einen Seite zweibahnig für den zwischenörtlichen Verkehr geführt werden, auf der anderen Seite dient sie als Autobahn. Damit wird eine Fülle von Gefahren beschworen, die schon mehrfach Todesopfer gekostet hat. Die Sperrung der Strecke zwischen Obersuhl und Wommen bedingt für eine Strecke von wenig mehr als zehn Kilometern einen Umweg von 25 Kilometern, der lediglich dadurch verursacht ist, daß die Autobahn hier durch unbewohntes Gebiet der Zone führt.

Gerade an dieser Strecke zeigt sich, wie kaum woanders, der Wahnsinn der Zonengrenze, die Unsinnigkeiten verursacht,

die kaum an einer anderen Grenze in Europa denkbar sind. Daß derartige Verhältnisse mitten in Deutschland gegeben sind, gibt ihnen ihren besonderen Akzent. Es spricht für die neue Bundesregierung und ihren Verkehrsminister, daß er nicht gewillt ist, vor diesen "Realitäten" zu kapitulieren, sondern sie anpackt.

Wenn darüber hinaus verlautbar wird, man habe die Absicht, die parlamentarischen Staatssekretäre in die neue Ostpolitik der Bundesregierung einzuschalten, so scheint uns das eine gute Idee zu sein. Auf diesem Weg wird man zuerst die Kritik, die man an dem jungen Amt geübt hat, zum Schweigen bringen. Der Ministerialbürokratie mag es zumindest teilweise vorgeschwebt haben, aus den parlamentarischen Staatssekretären eine Art "Briefkastenonkels" ihrer Ministerien zu machen, die die vielfach lästigen Fragestunden im Bundestag übernehmen und dabei nicht so leicht in die Schußlinie geraten. Das ist sicherlich eine Aufgabe, die sich anbot und die auch zu einem besseren Kontakt zwischen Regierung und Parlament beitragen kann. Allerdings wird niemand sagen können, eine solche Aufgabe rechtfertige das neue Amt. Der Gedanke, die "Juniorminister", deren Stellung ja nicht in dem Schema der alten Hierarchie fixiert ist, nun gleichzeitig zu Gesprächspartnern für den anderen Teil Deutschlands zu machen, ist deshalb auch für die andere Seite sicherlich ein Grund zum Nachdenken.

Die parlamentarischen Staatssekretäre sind keine Hinterbänkler, keine Politiker ohne Gewicht und Bedeutung. Sie haben fast durchweg zu der Spitzengarnitur ihrer Fraktionen gehört, ehe sie in ihr Amt berufen wurden. Wenn Pankow wirklich an Gesprächen gelegen ist, dann sollte es die Möglichkeit direkter Gespräche mit den ersten Beratern ihrer Minister suchen. Niemand erwartet, daß es dabei Stoph als Verhandlungspartner zu den Staatssekretären schickt. Sachliche Gespräche auf gehobener Ebene können jedoch eher zu einem besseren Verstehen beider Teile Deutschlands beitragen als Propagandavorschläge von einem Direktgespräch zwischen Kiesinger und Stoph, wie es Ulbricht vorschlug und selbst von Stoph mit unverhohlenem Gelächter kommentiert wurde.

Auf schmalem Grad

Zur Regierungsbildung in Schleswig-Holstein

ns - In Schleswig-Holstein gibt es wieder eine von der CDU und FDP gestellte Regierung. Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Dr. Holmut Lemke hatte es von vornherein abgelehnt, mit den Sozialdemokraten in Koalitionsverhandlungen einzutreten, obgleich sie ein Mandat hinzugewannen, die CDU ihren Stand nur hielt und die FDP ein Mandat verlor.

Die neue Regierungsbasis im nördlichen Bundesland stützt sich umwehr nur noch auf 38 von 73 Mandaten. Die Landtagszusammensetzung lautet jetzt: 34 CDU, 30 SPD, je vier FDP und NPD und einer SSW. Die bisherige Basis der kleinen Koalition war stärker, nämlich 39 von 69 Sitzen. Die Zusammensetzung des alten Landtags: 34 CDU, 29 SPD, fünf FDP und einer SSW.

Die Regierungsbasis des Dr. Lemke ist die schmalste seit Bestehen des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Die vor dieser Regierung liegenden Aufgaben sind aber die größten, die noch bewältigt werden müssen. Es ist gar kein Zweifel, die neue nationalkonservative Koalition in Kiel, die ihr ganzes Regierungshandeln bevorzugt auf das Bauerntum und den damit verbundenen Gruppen auf dem flachen Lande abstellt, kann den Gesamtinteressen der Bevölkerung nicht mehr gerecht werden.

Politische Beobachter bezweifeln schon heute, daß das neue Koalitionskabinettt Lemke die nächsten vier Jahre durchhält. Schön jetzt sind die Meinungen in der FDP, als Koalitionspartner der CDU weiter zu fungieren, geteilt. Wenn die FDP es auch durchsetzen dürfte, zwei Minister zu erhalten, ihre inneren Spannungen hat sie damit noch längst nicht überwunden. Auch Dr. Lemke sieht sich in einer Partei einer zunehmenden Opposition gegenüber, weil er so wenig die modernen Interessen der großstädtischen Bevölkerung und der Menschen in den Verstädterungszonen um Hamburg berücksichtigt.

Aller Voraussicht nach wird es kommen, wie es kommen muß: Die Schulden des Landes Schleswig-Holstein sind höher als der Landesetat 1967; allein der Schuldendienst für die Landesanleihen in Höhe von 220 Millionen DM übersteigt die diesjährige Landesanleihe von 200 Millionen DM. Der Mangel an modernen Arbeitsplätzen wird immer offensichtlicher. Die entlassenen Arbeitnehmer aus den pleitegegangenen Betrieben der Branchen Textil und Leder in Neumünster haben immer noch keine gleichwertigen neuen Arbeitsplätze. Die Landwirtschaft wird im schnellen Tempo weitere Zehntausende von kleineren Bauern freisetzen, die gleichfalls in Arbeit gebracht werden müssen.

Es kommt für Schleswig-Holstein ganz einfach darauf an, einige wichtige Schwerpunktprojekte vorzulegen, die bis ins letzte Detail durchdacht sind. Das sind aber keine Projekte der Landwirtschaftssubventionierung. Es sind Projekte für Industrieansatzungen auf aufgeschlossenen Geländen an neuen Verkehrsachsen und in Orten, für die auch ausgebaute Schulsysteme und Versorgungsanlagen eingeplant sind. Bonn wird künftig nur noch in der Lage sein, derartige Projekte zu unterstützen und Kiel wird seine Gelder für diese Zwecke zusammenhalten müssen. Aber diese Einsichten hat Dr. Lemke kaum.

Auf Das Ganze abgestellt

Von Werner Jacobi, MdB

Bedürfte es noch einer Rechtfertigung für die Bildung der Großen Koalition, so hat sie die Entwicklung der letzten Wochen erbracht. Wohin der Blick geht, überall wird offensichtlich, wie notwendig es war und ist, die Politik unentschlossenen Schleifenlassens zu beenden und politische Entscheidungen zu treffen. Die vielzitierte Talschle be-schränkt sich nicht nur auf das Gebiet der Wirtschaft, sie läßt auch im ureigenen politischen Raum seit langem keine Höhenflüge mehr zu. Rührternheit und Besinnung auf das Unerläßliche tut not. Das bedeutet Verzicht auf optimale Lösungen der anstehenden Probleme und eine Konzentration auf Entscheidungen, die unerläßlich sind, um aus der drohenden Isolierung nach außen und der Handlungsunfähigkeit nach innen herauszukommen.

In dieser Lage werden Regierung und Parlament Mut und Entschlossenheit abverlangt, den Staatsbürgern aber Einsicht in die Notwendigkeit einer neuen Politik. Dieser ist die Aufgabe gestellt, den aufgetretenen Krankheitsherd zu bekämpfen, und dies unter den Aspekten einer Therapie zu tun, die den Gesamtorganismus behandelt. In die Sprache des Alltags übertragen, bedeutet dies eine Politik, die sich auf Schwerpunkte konzentriert, auf kurzfristige Lösungen weitgehend verzichtet und auf das Ganze abstellt.

Das ist sicherlich leichter gesagt als getan, denn immer wird es Streit geben, wenn Einzelinteressen der Hinweis auf das um der Gesamtheit willen Notwendige entgegengehalten wird. Dennoch gibt es gewisse Grundauffassungen, die unstrittig und damit für die Urteilsfindung hilfreich sind. So ist die Überzeugung Allgemeingut, daß nichts notwendiger ist, als unserer Wirtschaft neue Impulse zu vermitteln. Auch darüber, daß der Finanznot der Gemeinden begegnet werden muß, gibt es keinen Streit. Doch die vor Monaten abgelöste Bundesregierung hat auch hier in Passivität verharret. Erst durch die neue Koalition sind finanzpolitische und haushaltswirtschaftliche Sondermaßnahmen eingeleitet worden, die aus längst gewonnenen Erkenntnissen erste Schlußfolgerungen ziehen. Erste Schlußfolgerungen, denn noch steht die Praktizierung aus.

So beachtlich etwa die Entscheidung ist, mit der Erhöhung der Mineralölsteuer ein Mehr von 660 Millionen DM aufzubringen, so unerfreulich ist der Streit um die Verteilung sowohl bei den Ländern als auch unter den kommunalen Interessenten. Wo der Bedarf größer ist als es die zur Verfügung stehenden Mittel sind, wird es immer schwer sein, "gerecht" zu verfahren. Was für das Mineralölsteuermehraufkommen gilt, gilt ebenso für die Investitionen aus dem Eventualhaushalt. Auch hier geht es um Mittel, die bei weitem nicht ausreichen, um über gewisse Initialzündungen hinaus, wie die Bundesregierung es anstrebt (Erklärung vor dem Bundestag vom 20. Januar 1967), das weitere Wachstum unserer Wirtschaft sicherzustellen.

Aber nicht das Volumen, auch die Tatsache ist zu beachten, daß

es sich hier nur um einen ersten Schritt zur Abdämmung entstandener Engpässe handelt, um Impulse und Anreize vor allem für die Wirtschaft, wieder Mut zu schöpfen und weitere Investitionen zu wagen. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden kann auf diese Weise nur sehr beschränkt geholfen werden. Sie können nur hoffen, daß die ihnen auferlegte Durststrecke nicht mehr von allzu langer Dauer ist.

So werden sie es begrüßen, daß die obersten Parteigremien der SPD anlässlich ihrer Märztagung in Bonn erneut keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß die Zeit gutachtlicher Stellungnahmen vorbei ist und die zur Finanzreform vorliegenden umfangreichen Materialien nunmehr der Aufbereitung bedürfen. Man möchte hier der Koalitionsregierung denselben Elan wünschen, den sie bei der Notstandsgesetzgebung durch die einmütige Verabschiedung einer Kabinettsvorlage an den Tag gelegt hat. Hier hat die Vorarbeit des jetzigen Staatssekretärs im Bundesratsministerium, Dr. Friedrich Schäfer, ihre Früchte getragen. Von ihm stammen auch neue konkrete Vorschläge zur Finanzreform. Sie sollten von der SPD nunmehr energisch verfolgt werden.

Wir wissen um die Schwierigkeiten. Es geht ja nicht nur um eine neue Aufteilung des Steuerkuchens. Es geht vor allem um durchgreifende Änderungen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern, darum, daß ein gemeinsames Bemühen um für alle tragbare Lösungen konkrete Gestalt annimmt. Der Streit um die Kompetenzen darf dabei nicht im Vordergrund stehen. Das geht vor allem die Länder an, die sehr oft den Eindruck erwecken, als ob ihnen der leidige, durch Grundgesetz und Praxis entstandene Status quo geradezu genüssliche Freude bereite. Ein Beispiel für viele ist ihre bis zur Stunde unterschiedliche Stellungnahme zu den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben und deren grundgesetzlicher Verankerung. In diesem Punkt hat nun wenigstens die SPD einen klaren Standpunkt bezogen.

In der oben erwähnten Märztagung von Präsidium, Parteivorstand und Parteirat ist ein Katalog zustande gekommen, der den Bau von Hochschulen und Krankenhäusern, den Wohnungs- und Städtebau sowie Maßnahmen zur Strukturverbesserung und zur Verbesserung der Ausbildung enthält. Damit ist eine wichtige Vorentscheidung gefallen, die einen auch für die übrigen Parteien tragbaren und konstruktiven Lösungsvorschlag darstellen dürfte. Er ist in eine Gesamtkonzeption für die große Finanzreform eingebettet, die unter anderem eine Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer und die grundsätzliche Erhaltung der Gewerbesteuer vorsieht.

Was nunmehr nottut, ist, ans Werk zu gehen und dies mit der ernstesten Absicht zu tun, in ihm eine Koalitionsverpflichtung zu sehen, einen Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Jahre. Nur wenn dies geschieht, kann den Gemeinden ein unverdrossenes Arbeiten unter den gegenwärtigen unzulänglichen Verhältnissen zugemutet werden.

Schweden und die EWG

Vor schwierigen Entscheidungen

Von Karl Kern, Malmö

Als der schwedische Ministerpräsident Tage Erlander bei seinem letzten Besuch in Bonn gefragt wurde, wie sich Schweden zu einem Anschluß des Landes an die EWG stelle, machte die Antwort nur eine Seite der Sache deutlich: Wie immer die anderen Voraussetzungen seien, Schweden werde an seiner Neutralität festhalten. Dies bedeutet, den Schweden gilt die Neutralität des Landes mehr als die etwaigen Vorteile eines Anschlusses an die EWG oder die schweren wirtschaftlichen Folgen eines Fernbleibens nach der Auflösung der EFTA. Denn daß die Auflösung der EFTA nur eine Frage der Zeit ist, wagt auch der optimistische Neutralist in Schweden, in der Schweiz oder in Österreich kaum mehr zu bestreiten.

Das eigentliche Hindernis für den Beitritt Schwedens zur EWG sind deren politische Grundsätze und Ziele, die im Rom-Vertrag festgehalten sind und von den Mitgliedstaaten als nicht veränderungsbedürftig angesehen werden. Auch die vollkommene Beseitigung dieser politischen Formeln muß gegenwärtig als undenkbar angesehen werden. So bleibt also die Frage zu beantworten, ob die tatsächlichen politischen Verhältnisse in Europa und insbesondere die Entwicklung innerhalb der EWG mit der Neutralitätspolitik Schwedens vereinbar sind.

Die schwedische Neutralität ist etwas ganz anderes als die doktrinaire der Schweiz oder die durch den Friedensvertrag mit der Sowjetunion erzwungene Österreichs. Bei der schwedischen Neutralität handelt es sich am Grunde nicht um eine Neutralität im üblichen Sinne des Wortes, sondern lediglich um die Bündnisfreiheit. Nicht die Neutralität, sondern die Bündnisfreiheit ist die gemeinsame außenpolitische Plattform der demokratischen Parteien Schwedens. Der Ausdruck "Neutralität" ist in der Tat nur als der Terminus technicus der bündnisfreien Politik des Landes anzusehen. Dennoch gleitet das außenpolitische Bekenntnis der Schweden immer mehr zu der eigentlichen Bedeutung dieses Terminus technicus hinüber. Der Gedankenaustausch über die Haltung gegenüber der EWG wird dadurch ohne Zweifel erschwert.

Die Bündnisfreiheit bedeutet einen wesentlich weiteren Rahmen für die außenpolitischen Entschlüsse Schwedens als die Neutralitätserklärung der Schweiz und Österreichs für diese beiden Länder. Dies geht schon daraus hervor, daß Schweden an der internationalen Zusammenarbeit auf allen

Gebieten teilgenommen hat und teilnimmt, die nicht die Außen- und die Verteidigungspolitik berühren. Daraus folgert die größte schwedische Zeitung, die liberalen DAGENS NYHETER, daß es ein Unglück wäre, wenn die formalistische Haltung der schwedischen Parteien angesichts der bevorstehenden Entscheidung über das Schicksal der EFTA, das durch den Austritt Englands aus ihr besiegelt würde, verschärft würde; diese Entscheidung sei für die gesamte Volkswirtschaft des Landes bedeutungsvoller als jede andere Entscheidung über die Zusammenarbeit Schwedens mit anderen Ländern oder internationalen Einrichtungen. Das Blatt meint, daß man, vom Rom-Vertrag ausgehend und angesichts der tatsächlichen Entwicklung der EWG im vergangenen Jahrzehnt, sehr wohl zu dem Schlußatz kommen könne, daß Schweden vollwertiges Mitglied der EWG werden könne, ohne seine Bündnisfreiheit in Frage zu stellen. "Wir entscheiden selber über die Grenzen unserer Neutralitätspolitik, und es wäre dumm, mit Hilfe juristischer Spitzfindigkeiten oder allzu mißtrauischer Voraussagen über die Zukunft den Weg zur EWG schwieriger zu machen als er sein muß."

Schweden muß damit rechnen, daß bei einem Anschluß Englands an die EWG Dänemark und Norwegen den gleichen Weg gehen werden und daß die Versprechungen, die England bei der letzten Londoner EFTA-Beratung den übrigen EFTA-Mitgliedern über Englands Bereitschaft zur Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der EFTA-Länder während der EWG-Verhandlungen gegeben hat, von zweifelhaftem Werte sind. Das Einhalten dieser Versprechungen wird ja schließlich auch von den Bedingungen abhängen, die von der EWG für den Beitritt Englands gemacht werden. Der Druck, den die neutralen Länder in dieser Teilfrage auf England ausüben, kann sich als wirkungsloser erweisen als die Bedingungen der EWG für den Beitritt Englands. Ein Schweden aber, das sich über kurz oder lang außerhalb der EWG-Zollmauern befände, also auch außerhalb der Zollmauern eines Gebietes, zu dem auch Dänemark und Norwegen gehören, wäre einer Gefährdung ohnegleichen ausgesetzt, denn seine Wirtschaft ist in noch höherem Grade als die der anderen EFTA-Länder von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhängig.

Das bündnisfreie Schweden steht also vor schwierigen Entscheidungen. Sein Weg in die wirtschaftliche Zukunft führt zwischen Scylla und Charybdis.